

Bildung - Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts

Bildung und Wissen sind zum wichtigsten Rohstoff geworden. Das historisch Neue an der gegenwärtigen Situation ist, dass die Zukunft weniger denn je als bloße Fortschreibung der Vergangenheit gedacht werden kann. Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Nie war dieser Satz so richtig wie heute. Nur dass man in der Schule, in der Jugend nicht mehr alles lernen kann, was man im Leben braucht. Offenkundig wird heute vom Bildungssystem erwartet, nicht nur Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern darüber hinaus – vor allem in den Problembezirken der Städte – auch grundlegende erzieherische und kulturell integrative Arbeit zu leisten; soziale Kompetenzen zu vermitteln, wie sie eigentlich von Elternhaus, Familie und Nachbarschaft zu erwarten sind. Die Auswirkungen dieser Veränderungen für das Bildungswesen sind auch in Österreich erst in Ansätzen ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Die Perspektiven-Gruppe sieht in einem erneuerten, zukunftsorientierten Bildungswesen die Schlüsselfrage dafür, was jemand aus seinem Leben machen kann, den Schlüssel auch für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und dafür, dass es in unserer Gesellschaft gerecht und menschlich zugeht.

Eine Bildungsdebatte, die Organisationsfragen in den Vordergrund stellt, geht am Kern der Herausforderungen vorbei.

Man darf Eltern nicht aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wo die Gesellschaft helfen kann, soll sie das jedoch tun. Wir können unsere Lösungsstrategien nicht über eine Strukturdebatte diskutieren, sondern müssen im Rahmen einer Substanzdebatte von den spezifischen Problemen der Betroffenen ausgehen. Eine Bildungsdebatte, die Organisationsfragen in den Vordergrund stellt, geht am Kern der Herausforderungen vorbei. Wir wollen Bildungspolitik von den Kindern und ihren Bedürfnissen her entwickeln.

Was Kinder und Jugendliche brauchen

Was müssen Kinder und Jugendliche heute lernen, um ein erfolgreiches Leben zu leben? Das – und nicht die Frage nach der Schulstruktur – ist die entscheidende Zukunftsfrage für unser Bildungswesen. Kinder wachsen in eine offene Zukunft hinein. Ihr Leben ist weniger festgelegt und vorherbestimmt als das früherer Generationen, und das Management des eigenen Lebens erfordert ganz eigene Fähigkeiten und zusätzliche Kompetenzen. Die Kinder von heute sind die erste Generation, die mehrheitlich in der Jugend nicht mehr alles lernen kann, was sie einmal als Erwachsene brauchen werden. Sie müssen deshalb wie bisher in der Schule *Kenntnisse* in den elementaren kulturellen Fähigkeiten erwerben, sie müssen aber auch anders als früher das *Lernen lernen*. Sie müssen wie bisher in der Schule Wissen erwerben, aber auch *soziale Tugenden* trainieren und *Daseinskompetenzen* einüben, ohne die ein erfolgreiches Leben nicht denkbar ist. Damit sind die Fähigkeiten gemeint, mit anderen zu kooperieren, im Team zu arbeiten, sich über den gemeinsamen Erfolg zu freuen, individuelle Anstrengungen und Zusammenarbeit nicht als Gegensatz sondern als Ergänzung zu betrachten. „Daseinskompetenz“ meint die Fähigkeiten, Zeit und Ressourcen wie z. B. Geld einzuteilen, sich Ziele zu setzen, diese über die Zeit durchzuhalten, zu erfahren, dass man durch eigene Anstrengungen etwas erreichen, selbst etwas bewirken kann, kurzum: das Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Leistung hat einen persönlichen und einen sozialen Sinn. Wer Leistung verweigert, handelt unsozial.

So werden die alten und oft geschmähten Tugenden wie Fleiß, Lern- und Leistungsbereitschaft, Ehrlichkeit, Ordnung, Zuverlässigkeit, Gründlichkeit, Pünktlichkeit, Selbstdisziplin in einen größeren Zusammenhang eingeordnet. Sie sind notwendig, aber nicht ausreichend. In einer komplexen und unübersichtlichen Welt wird es überdies darauf ankommen, auch in kritischen Situationen zu bestehen und das erworbene Wissen auf kreative Weise zu verknüpfen. Dies verlangt Flexibilität im Denken, Problemlösungskapazität, Kommunikationsfähigkeit, Teambewusstsein, Konfliktlösungskompetenz ebenso wie Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Beides gelingt erfahrungsgemäß jenen Menschen leichter, die keine eindimensionale, sondern eine reiche und vielfältige Persönlichkeit entwickelt haben. Bildung heißt auch, Menschen auf eine Welt vorzubereiten, in der ihnen ständig neue Herausforderungen begegnen werden, und

ihnen die Zuversicht zu geben, diese bewältigen zu können. So betrachtet, sind sportliche und musische, religiöse und spirituelle Bildung kein Luxus, sondern eine ganz praktische Voraussetzung für ein gutes, rundum gelungenes und erfolgreiches Leben.

Veränderte Lebensverläufe verlangen nach einem bunteren Strauß von Kompetenzen. Dazu gehört in einer globalen Welt nicht zuletzt die Fähigkeit, sich mit anderen und auch mit Fremden kulturell zu verständigen. Wir halten es deshalb für notwendig, dass jede Schülerin und jeder Schüler Sprachkompetenz erwirbt, d. h. neben der Muttersprache mindestens eine weitere Sprache lernt. Studentinnen und Studenten sollten unbedingt ein Semester im Ausland studieren. Bildungsgerechtigkeit, wie wir sie in der Perspektivengruppe verstehen, erfordert mehr als eine Art „Grundversorgung“ in Sachen Bildung. Wir wollen nicht, dass es von der Briefftasche der Eltern abhängt, ob ein junger Mensch eine eigene Auslandserfahrung machen kann. In einer globalen Welt sollte der Horizont junger Menschen nicht an den nationalen Grenzen halt machen. Sie müssen heute mehr und anders und Anderes lernen als früher.

Bildung ist die Schlüsselfrage für jeden Einzelnen. Wie das *persönliche Leben* verläuft, hängt ganz wesentlich davon ab, was jemand gelernt hat und im Laufe seines Lebens immer wieder lernt. *Bildung ist die soziale Frage* des 21. Jahrhunderts. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe können nicht mehr allein über nachträgliche Umverteilung sichergestellt werden. Sie entscheiden sich vielmehr über die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird durch das Bildungssystem entschieden. Chancengleichheit muss im Bildungssystem gesichert werden, mehr noch: Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass die formal gleichen Zugangsrechte auch tatsächlich allen offen stehen, aus welchen Schichten und mit welchem Hintergrund sie auch immer kommen mögen. Schließlich ist *Bildung auch die ökonomische Frage* des 21. Jahrhunderts. Ein Land, das heute seine Bildungspotenziale brach liegen lässt, fällt morgen wirtschaftlich und sozial zurück.

Das österreichische Bildungssystem hat in der Vergangenheit seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Jetzt steht es aufgrund veränderter Rahmenbedingungen vor neuen Herausforderungen. Das Bildungssystem von morgen muss die individuellen Begabungen und die

Wir wollen nicht, dass es von der Briefftasche der Eltern abhängt, ob ein junger Mensch eine eigene Auslandserfahrung machen kann.

Woran sich
Schulen zu
messen haben:
Eignung.
Neigung.
Leistung.

Leistungsfähigkeit des Einzelnen frühzeitig erkennen und noch gezielter fordern und fördern. Das Bildungssystem von morgen stellt sicher, dass keines unserer Kinder am Bildungsweg verloren geht. Es bereitet auf lebensbegleitendes Lernen, auf das spätere Leben sowie auf eine dynamische, sich verändernde Lebens- und Arbeitswelt vor. Es zeichnet sich aus durch Leistungsorientierung, Qualität und soziale Offenheit sowie durch ein vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Bildungsangebot nach der Maxime: kein Abschluss ohne Anschluss. Kein Abschluss darf in eine Sackgasse führen. Wir wollen eine differenzierte Vielfalt und eine flexible Differenzierung im Bildungswesen. Wir wollen mehr Wahlfreiheit der Eltern und der Schülerinnen und Schüler, ihre Schule selbst zu wählen und mitzugestalten. Eine Einheitsschule, in welcher Form auch immer, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Brücken bauen und Übergänge erleichtern: zwischen Kindergarten und Volksschule, zwischen schulischer Bildung und beruflicher Bildung und zwischen Beruf und Fachhochschule oder Universität. Wir wollen, dass eine Meisterprüfung ebenso wie die Matura zum Studium an einer Hochschule berechtigt. Allfällige spezielle Qualifikationen für einzelne Studien sind studienbegleitend zu erwerben.

Ein neues Leitbild für die Schule: Kompetenz, Individualisierung und Autonomie

Es sind drei durchgängige Prinzipien, die nach unserem Verständnis den nationalen Bildungsrahmen prägen:

Eine Einheitsschule,
in welcher Form
auch immer,
lehnen wir ab.

- *Kompetenz* als mehrdimensionaler Bildungsbegriff aus Wissen, Können und Haltungen und als Grundlage für eine transparente und faire Leistungsbeurteilung;
- *Individualisierung* als Focus aller Bildungsbemühungen, die Begabung und Interessen, die Neigungen und Lerngeschwindigkeit individuell frühzeitig zu erkennen und zu fördern;
- *Autonomie*, was bedeutet, dass zwar das Ziel und die Ergebnisse national vorgegeben und gesteuert, formuliert und evaluiert werden, der Weg zur Zielerreichung aber der Schule überlassen bleibt. In der Verantwortungsschule müssen Schulgemeinschaften, d. h. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler, gemeinsam mehr Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Wir bekennen uns zur staatlichen Verantwortung für die Schulen. Kern unseres Schulwesens ist ein voll leistungsfähiges, kostenfreies öffentliches Schulwesen. Aber deshalb müssen Schulen nicht wie staatliche Anstalten betrieben werden. Wir bekennen uns auch zu den Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht. Diese sollen insbesondere bei der personellen Ressourcenzuteilung den öffentlichen Schulen gleichgestellt sein. Wir wollen, dass die Schulen – nach dem Prinzip der Subsidiarität – möglichst viel Autonomie und Freiheit erhalten. Autonomie bedeutet nicht einfach den Rückzug des Staates, sondern eine Neubestimmung seiner Aufgaben. Der Staat setzt die Bildungsziele und garantiert mit Erfolgskontrollen die Qualität. Den Weg zum Ziel überlässt er den Schulen. Die Steuerung der Schulen geschieht über Bildungsstandards und Zielvorgaben einerseits und eine regelmäßige Evaluierung durch externe Instanzen andererseits, die öffentlich bekannt gemacht wird. Mehr Freiheit führt zu mehr Verantwortung bei dem Schulmanagement wie bei den Lehrerinnen und Lehrern und zu mehr Engagement bei den Eltern wie bei den Schülerinnen und Schülern. Die selbstständige ist auch eine verantwortliche Schule, die nach ihren Erfolgen oder Misserfolgen öffentlich beurteilt – und besucht wird. Der Staat zahlt und lenkt. Eltern wählen und übernehmen Erziehungsverantwortung. Schulen wetteifern miteinander und erhalten transparent die notwendigen Ressourcen. Das Niveau steigt. Alle haben etwas davon.

Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler – und die Qualität der Schule

Mehr Autonomie für die Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für ihren Erfolg. Internationale Vergleiche zeigen, dass Fragen der Schulform nicht die entscheidende Rolle spielen. Viel wichtiger ist es, ob Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler die Schule als ihre eigene, gemeinsame Angelegenheit begreifen und sich entsprechend engagieren. Es gibt Länder und Schulen, da herrscht so etwas wie ein System der organisierten Verantwortungs-

losigkeit: Jeder schiebt die Verantwortung auf den anderen, die Lehrerinnen und Lehrer auf die Eltern und Familien, die Eltern auf die Lehrerinnen und Lehrer und beide auf die Kinder oder auf das Fernsehen. Und es gibt Länder und Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer zusammenarbeiten, die Schule als ein gemeinsames Projekt begreifen und wo alle durch ein gemeinsames Ziel verbunden sind: Sie wollen eine gute Schule machen, getreu dem Motto: Es gibt keine schlechten Schülerinnen und Schüler, es gibt nur schlechte Schulen. Wir wollen eine Schule, die von den Beteiligten und Betroffenen so weit wie möglich in eigener Regie und Verantwortung als gemeinsames Werk gestaltet wird, eine Nachbarschaftsschule der neuen Art, die offen in die lokale Gesellschaft hinein ist und Handwerkerinnen und Handwerker, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und der Kultur einlädt, die Schule und den Unterricht zu bereichern.

Wir wollen eine Schule, die von den Beteiligten und Betroffenen so weit wie möglich in eigener Verantwortung gestaltet wird, eine Nachbarschaftsschule der neuen Art.

Lehrerinnen und Lehrer verdienen mehr Anerkennung und mehr Vertrauen. Ihre Aufgabe ist in der heutigen Zeit schwieriger geworden. Aufgabe und Status der Lehrerinnen und Lehrer rechtfertigen in jedem Falle eine Professionalisierung durch eine akademische Ausbildung, erfordern eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis und schließen das Recht und die Pflicht zu einer jährlichen Fort- und Weiterbildung ein. Wir wollen, dass Schulen und Lehrerinnen und Lehrer in der Gestaltung des Unterrichts mehr Spielraum haben. Sie sollen sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können und dort, wo es geboten ist, durch eigene Kräfte der Schulsozialarbeit unterstützt werden. Die Neugestaltung und Aufwertung der pädagogischen Akademien zu pädagogischen Hochschulen ist ein wichtiger Schritt, um die Neuorientierung der Schulen zu bewältigen. Transparente und synchronisierte Ausbildungsstandards sind weitere Ziele für die Schule von morgen.

Lehrerinnen und Lehrer verdienen mehr Anerkennung und mehr Vertrauen. Ihre Aufgabe ist in der heutigen Zeit schwieriger geworden.

Schülerinnen und Schüler haben Rechte und Pflichten. Sie haben Anspruch darauf, optimal gefördert zu werden. Mehr als bisher ist darauf zu achten, dass besondere Begabungen erkannt und in besonderer Weise gefördert werden. Wir sehen keinen Gegensatz der Hochbegabtenförderung zu besonderen Hilfen für Benachteiligte. Gute Schulen zeichnen sich durch ein soziales Miteinander aus. Starke Schülerinnen und Schüler helfen den Schwächeren und entwickeln so auch ihre eigene Persönlichkeit. Schülerinnen und Schüler haben Verantwortung füreinander, für den Geist der Schule und nicht zuletzt für die alltägliche Ordnung. Regeln und Schulordnung müssen plausibel sein, mit den Schülerinnen und Schülern erörtert, dann aber auch konsequent durchgesetzt werden.

Eltern sind Partner der Schule und mitverantwortlich für deren Erfolg. Sie sollen stärker als bisher einbezogen werden. Die Schule muss in die Lage versetzt werden, zusätzliche Angebote bereit zu stellen, von der Ganztagsbetreuung über die Berufsberatung der Schülerinnen und Schüler bis hin zur Erziehungs- und Bildungsberatung der Eltern.

Grundlagen verlässlich legen: Volksschule

Volksschulen sollen in Zukunft darauf aufbauen können, dass alle Kinder bei Schuleintritt über eine durch Bildungsstandards gesicherte Schulreife verfügen. Die Volksschule von morgen baut auf der Frühförderung in den Kindergärten auf. Diese soll mangelnder Schulreife bei Eintritt der Schulpflicht vorbeugen.

Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Klasse müssen ausreichende Deutschkenntnisse sein.

Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Klasse müssen deshalb ausreichende Deutschkenntnisse sein und die Fähigkeit, dem Unterricht folgen zu können. Am Ende der Volksschule muss jedes Kind lesen, schreiben, rechnen und reden können.

Wir wollen ein Upgrade der Volksschule zu einer integrativen Grundlagenschule und setzen uns deshalb ein für:

- bundesweit einheitliche Vorverlegung der Schuleinschreibung um ein Jahr, damit mangelnde Schulreife frühzeitig erkannt und behoben werden kann. Im letzten Jahr vor Schuleintritt

können individuelle Förderprogramme angeboten werden, um die Kinder auf die Volksschule vorzubereiten;

- bundesweite Definition von Mindeststandards für den Schuleintritt (Unterrichtssprache, Sensomotorik, Kreativität und Sozialkompetenz). Werden die Mindeststandards bei bereits schulpflichtigen Kindern nicht erreicht, ist eine verpflichtende Vorschulklasse vor Eintritt in die 1. Klasse Volksschule vorzusehen. Dies gilt insbesondere für die sprachliche Reife;
- Betreuung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Kleingruppen. Betreute Übergangphasen und Übergangsklassen sollen künftig die kulturelle, sprachliche und lehrplanbezogene Integration fördern;
- der überwiegende Teil der Unterrichtszeit soll wie bisher in einer gemeinsamen Klasse mit einer Lehrerin oder einem Lehrer stattfinden. Zusätzlich soll individuelle Frühförderung am Schulstandort in Fächern wie Musik, Englisch, Sport und Bildnerische Erziehung durch einschlägig ausgebildete Fachpädagoginnen und Fachpädagogen bzw. durch Volksschullehrerinnen und -lehrer mit Zusatzausbildung gewährleistet werden;
- bilingualer Unterricht soll vermehrt angeboten und die Zusatzausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für diesen Unterricht gefördert werden. Der Unterricht soll unter zusätzlichem Einsatz von Nativespeakern als Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten erfolgen;
- Förderung der Mehrsprachigkeit (Unterrichtssprache Deutsch und Muttersprache);
- für Kinder, die Bildungsziele nicht erreichen, sind entsprechende schuleigene Förderangebote anzubieten, etwa Sommerkurse für Schülerinnen und Schüler;
- Festlegung bundesweit einheitlicher und transparenter Bildungsstandards, die in der 3. Schulstufe intern und extern evaluiert wird;
- Sicherstellung der schulischen Infrastruktur im Ländlichen Raum durch die Möglichkeit, die ersten sechs Schulstufen gemeinsam anzubieten, wobei die letzten beiden Jahre bereits von Hauptschul- bzw. Gymnasiallehrerinnen- und -lehrern unterrichtet werden;
- Professionalisierung der Bildungsberatung an der Schnittstelle von Volksschule und Mittelstufe mit dem Ziel, dass Eltern und Kinder den individuell besten Schultyp wählen können;
- Schaffung der Möglichkeit eines 5. Volksschuljahres für Kinder mit Förderbedarf statt frühzeitigem Aufstieg in die Mittelstufe ohne entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten.

Mehr Durchlässigkeit ab 10 Jahren

Eine Bildungsdebatte, die sich in ihrem Schwerpunkt allein auf die Frage einer zentralisierten Gesamtschule für 10 bis 14-Jährige konzentriert, greift aus unserer Sicht zu kurz und verkennt die wirklichen Probleme. Je vielschichtiger die Herausforderungen, je individueller die Persönlichkeiten der Schülerinnen und Schüler, desto weniger sind Einheitslösungen taugliche Antworten.

Im europäischen Vergleich trennen sich die Bildungswege der Pflichtschülerinnen und -schüler in Österreich früh. Österreich schafft mit dem differenzierten Bildungsangebot, das damit die weltweit einzigartige Berufsbildung sowie das duale Ausbildungssystem für Lehrlinge ermöglicht, hervorragende Chancen für die Jugend. Geringe Jugendarbeitslosigkeit, gute Jobchancen für unsere Kinder und Jugendlichen sind das Ergebnis unseres vielfältigen, modernen Angebots für unsere 10 bis 19-Jährigen.

Allerdings steht das österreichische Bildungssystem aufgrund der relativ kurzen gemeinsamen schulischen Bildung von vier Jahren insbesondere an den Übergängen von der Volksschule in die Mittelstufe und von der Mittelstufe in die Oberstufe/Lehre vor steten Herausforderungen hinsichtlich seiner Durchlässigkeit.

Während im Ländlichen Raum großteils hervorragende Hauptschulen und Gymnasien nebeneinander ein reichhaltiges Bildungsangebot bereitstellen (immerhin kommen bundesweit 50 % der Maturanten über die Hauptschule), werden in städtischen Ballungszentren (insbesondere in Wien) AHS-Standorte zu undifferenzierten Gesamtschulen ohne Leistungsgruppen und ohne individuelle Begleitung und Unterstützung, während die Hauptschulen an Attraktivität, Niveau und damit an Nachfrage verloren haben. Von Chancengerechtigkeit kann keine Rede

Je vielschichtiger die Herausforderungen, je individueller die Persönlichkeiten der Schülerinnen und Schüler, desto weniger sind Einheitslösungen taugliche Antworten.

sein. Wir wollen das bestmögliche Bildungssystem, in dem jeder junge Mensch seine Chancen bestmöglich verwirklichen kann, d. h. Aufwertung der Hauptschulen und Schutz der Gymnasien vor der Abschaffung im Rahmen der Gesamtschule.

Aufwertung der Hauptschulen und Schutz der Gymnasien vor der Abschaffung im Rahmen der Gesamtschule.

Gemeinsamer Kernbereich und sichere Bildungsstandards in der Mittelstufe

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen ein Bildungsniveau erreichen, das ihnen optimale Chancen auf eine weiterführende Ausbildung eröffnet. Ziel ist es, alle Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe in den zentralen Bildungsinhalten auf einen Bildungsstandard der 8. Schulstufe zu bringen. Schülerinnen und Schüler, die mehr Zeit zur Erreichung dieses Bildungszieles benötigen, sollen im Rahmen einer Orientierungsstufe künftig bis zu zwei weitere Jahre Zeit erhalten, die bestehenden Standards zu erreichen. Die hohe Abbrecherquote von rund 15 % ist zu senken, um jedem Jugendlichen eine Chance für sein Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen Begabte die Chance erhalten, nach ihrem individuellen Lerntempo leistungsgerecht unterrichtet zu werden. Eltern, Schülerinnen und Schüler sollen in Zukunft in der Mittelstufe in ganz Österreich verstärkt zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Angeboten wählen können.

In allen Bildungsangeboten der Mittelstufe soll es einen gemeinsamen, allgemeinbildenden Fächerkanon mit Bildungsstandards geben. Kindern und Eltern soll ein breites, vergleichbares Bildungsangebot zur Entfaltung der verschiedenen Interessen und Begabungen zur Auswahl stehen.

Es muss sichergestellt werden, dass Kindern aller Schulen eine reibungslose und sichere Übertrittsmöglichkeit in die differenzierten Schulstufen der Oberstufe geboten wird.

Kindern aller Schulen muss eine reibungslose und sichere Übertrittsmöglichkeit in die differenzierten Schulstufen der Oberstufe geboten werden.

Wir fordern deshalb:

- Verbesserung und Erhalt der Gymnasien (AHS) als allgemeinbildenden Bildungsweg (Mittelstufe und Oberstufe);
- Stärkung der Hauptschule als berufsbildende und lehrberufsausbildende Mittelstufe mit absoluter Durchlässigkeit;
- Implementierung eines neuen Lehrplans, um die bestehenden Kern- und Erweiterungsbereiche der Mittelstufe weiter zu verbessern;
- darüber hinaus soll jeder/jede die Möglichkeit erhalten, berufsbegleitend die Bildungsstandards der 8. Schulstufe durch maßgeschneiderte Kursangebote im schulischen Bereich zu erreichen;
- neue Formen der inneren Differenzierung für alle Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden und allgemeinbildenden Mittelstufe;
- Ausbau der Begabtenförderung auf der Basis der individuellen Potenzial- und Stärkenorientierung;
- Betreuung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in Kleingruppen;
- Ausbau eines attraktiven naturwissenschaftlich/technischen, kaufmännischen und humanberuflichen Bildungsangebots im Rahmen der Schulautonomie (Verstärkung des Schulprofils – autonome Regelungsmöglichkeiten);
- stärkere Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch Ausbau der Individualpädagogik und Sicherstellung der Rahmenbedingungen.

Kein Jugendlicher ohne Abschluss: Oberstufe oder Lehre

Das höchste Arbeitslosenrisiko haben jene, die nur die Pflichtschuljahre absolviert haben, aber über keinen Bildungsabschluss verfügen oder aber Leistungsschwächen in einzelnen Fächern aufweisen. Personen ohne abgeschlossene berufliche Erstausbildung sind am Arbeitsmarkt

schwerwiegend benachteiligt. Sie scheitern in aller Regel an den Anforderungen der Erstausbildung. Antworten auf diese Herausforderungen sind nur durch Anpassung und Modernisierung des gesamten Schul- und Ausbildungssystems möglich.

In Zukunft soll es keine Jugendlichen ohne Abschluss geben. Neben einer fundierten Grundausbildung hat jeder Jugendliche in Österreich das Recht auf eine berufliche Ausbildung. Daher treten wir für die Umsetzung der Bildungsgarantie für unsere Kinder und Jugendlichen ein. Jugendliche brauchen eine ehrliche Perspektive für ihr weiteres Leben. Jeder junge Mensch soll sich darauf verlassen können, dass bis zum 18. Lebensjahr ein Ausbildungsplatz auf individuell optimalem Niveau bereitsteht. Diese Bildungsgarantie sind wir der jungen Generation schuldig. Dabei gehört die duale Ausbildung auch gestärkt. Jedem Kind seine Chance, seine Berufsqualifikation.

In Zukunft soll es keine Jugendlichen ohne Abschluss geben.

Die Zahl der Dropouts muss in der Oberstufe weitestgehend gesenkt werden: einerseits durch verbesserte Bildungsberatung vor der 9. Schulstufe, andererseits, indem qualitätsgesicherte Aufstiegsmöglichkeiten unter Anrechnung von Lernzeiten und Lernergebnissen zwischen und innerhalb der Oberstufe bzw. der dualen Ausbildung eingerichtet werden. Vergleichbare Gegenstände, Lerninhalte und Ausbildungsbereiche sollen anerkannt werden. Dadurch soll der Wechsel von einer Schulart bzw. Ausbildung in die andere erleichtert werden. Individuelle Förder- und Stützprogramme sollen ausgebaut werden, um den Dropout möglichst gering zu halten.

Wir fordern deshalb:

- Die Möglichkeiten der Kombination von Lehre und (Berufs-)Reifeprüfung sollen erweitert werden. Im Rahmen der Lehrlingsausbildung soll unter Anrechnung von schulischen Vorkualifikationen in der Berufsschule eine weitgehend kostenlose Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung ermöglicht werden. Die bestehende Notwendigkeit der Berufspraxis vor Ablegung der Berufsreifeprüfung bleibt aber bestehen, um die internationale Anrechenbarkeit dieses Abschlusses zu gewährleisten.
- Auch für Erwachsene soll es möglich sein, Schulabschlüsse aller Bildungsangebote der Mittelstufe und Oberstufe in modularen Systemen in öffentlich finanzierten Bildungseinrichtungen und an Schulen gebührenfrei berufsbegleitend nachholen zu können. Auch die Berufsreifeprüfung soll auf dieser Basis nachgeholt werden können.
- Jugendliche, die keinen Lehrvertrag bekommen und nicht den Weg der Oberstufe beschreiten wollen, können bei entsprechender Eignung die praktischen Ausbildungsteile in geeigneten Einrichtungen (z. B. Werkstätten) erwerben. Die Berufe und Kapazitäten werden in Abstimmung mit der Wirtschaft festgelegt.
- Die Curricula der berufsbildenden Schulen sollen durch Fachhochschulen und Universitäten in facheinschlägigen weiterführenden Studien zeitlich und inhaltlich angerechnet werden.
- Bei Jugendlichen, die sich eine Ausbildung aus finanziellen Gründen nicht leisten können, soll eine weitergehende Unterstützung zur Erreichung des von ihnen angestrebten Bildungsziels geprüft werden.

Eine verbesserte Lehrlingsausbildung muss Hand in Hand gehen mit einer Mindestlehrlingsentschädigung. Derzeit verdienen Lehrlinge in verschiedenen Branchen unterschiedlich viel (Lehrling im Baugewerbe bis zu 700 Euro, Zahntechnikerlehrling nur 230 Euro). Das ist nicht fair und gerecht. Daher fordern wir eine Mindestentschädigung für Lehrlinge, die jedenfalls bei 500 Euro liegen muss.

Das Ziel unserer Bildungspolitik ist die bestmögliche Ausbildung für jeden. Am Beginn der Industrialisierung wurde die Daseinsvorsorge zu einer zentralen Aufgabe des Staates, vom Wasser und Strom über Hygiene und Gesundheit bis hin zur sozialen Sicherheit. Heute, am Beginn einer globalen Wissensgesellschaft, ist die Bildungsvorsorge von einer ähnlichen epochalen

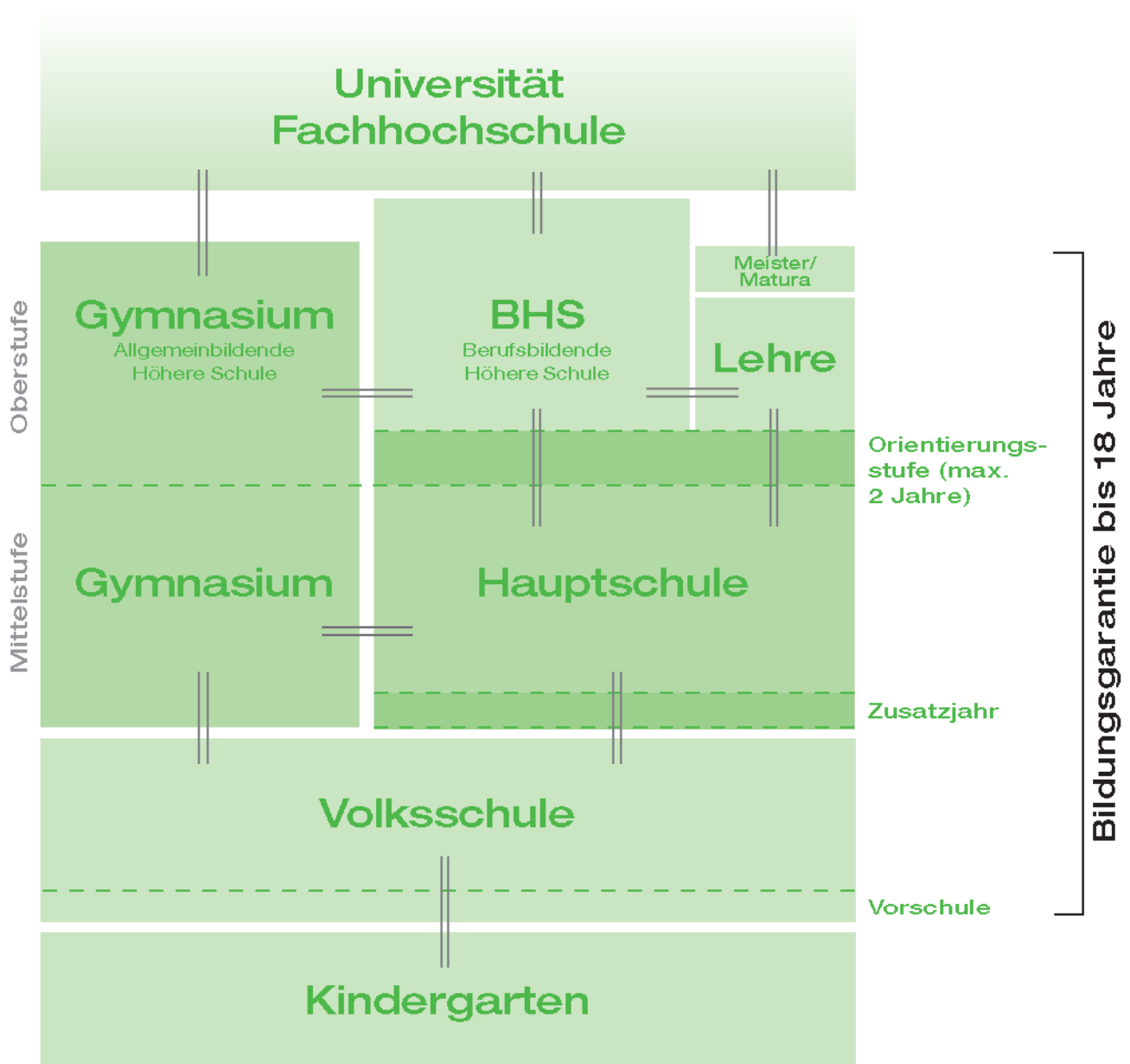
Bildungsgarantie: Für jeden jungen Menschen muss bis zum 18. Lebensjahr ein Ausbildungsplatz bereitstehen.

Wir fordern eine Mindestentschädigung für Lehrlinge, die jedenfalls bei 500 Euro liegen muss.

Bedeutung. Der Staat hat die Rahmenbedingungen für Qualität zu schaffen und dafür zu sorgen, dass niemand aus finanziellen Gründen draußen vor der Tür bleibt. Auch die Sozialpartner sind in der Pflicht, an der Bildungsvorsorge für eine veränderte Arbeitswelt mitzuwirken. Jeder Einzelne muss sich anstrengen. Im Interesse der jungen Menschen brauchen wir eine sozial verantwortliche Leistungskultur.

Das zukünftige Bildungssystem muss sicherstellen, dass alle die Chance auf die individuell höchste Qualifikation vorfinden und Durchlässigkeit zum tertiären Bildungsbereich (Fachhochschulen und Universitäten) gegeben ist. Wir schlagen deshalb vor, dass ein Übergang zum tertiären Bildungsbereich ohne Hürden gegeben ist, ausgehend vom Abschluss

- der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen;
- der Oberstufe der Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (HAK, HAS, HTL, HBLA etc.);
- der Lehrausbildung mit der Meisterprüfung.



Wissenschaft und Forschung – Innovation und Reflexion

Die Gesellschaft als Ganzes hat ein hohes Interesse an einer prosperierenden Wissenschaft, und die Wirtschaft braucht laufend neues Wissen und neue Erkenntnisse, um im internationalen Wettbewerb bestehen und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Deshalb plädiert die Perspektivengruppe zum einen dafür, den neuen Stellenwert von Wissenschaft und Forschung zu erkennen und der Erkenntnis auch Taten folgen zu lassen, wendet sich aber zum anderen gegen eine kurzsichtige Instrumentalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, die nur das gelten lässt und fördert, was sich morgen scheinbar schon rechnet. Aus der Natur von Wissenschaft und Forschung folgt, dass sie nicht stromlinienförmig auf den direkten Nutzen programmiert werden können.

Bildung durch Wissenschaft – Wissenschaft als Produktivkraft

Bildung, Wissenschaft und Forschung tragen ihren Sinn und Zweck in sich selbst. Wer nur auf den Nutzen schießt, wird auch diesen verfehlen. Gerade in einer unübersichtlichen Welt mit rasanten Entwicklungen gewinnen Allgemeinbildung, Grundlagenforschung und auch Orientierungswissen eine neue Bedeutung. Wahr ist aber auch: Forschung, neue Ideen und ihre Anwendung in neuen Produkten sichern unseren Wohlstand und damit auch unsere soziale Sicherheit. Die Perspektivengruppe wendet sich auch hier gegen ein falsches Entweder-Oder-Denken. Wir plädieren stattdessen für gemeinsame Anstrengungen aller Akteure, des Bundes und der Bundesländer, der Unternehmen und der Hochschulen, um die führende Position des Forschungs- und Technologiestandortes Österreich weiter auszubauen.

Wenn die Forschung und die Gesellschaft sich bewegen, dann muss sich auch das Wissenschaftssystem bewegen. Wir möchten auf die wichtigsten Dimensionen aufmerksam machen, in denen sich die Hochschullandschaft unserer Meinung nach bewegen muss. Die Stichworte dazu lauten: Bildung durch Wissenschaft, Transdisziplinarität, Wirtschaft und Gesellschaft, Fachhochschulen und Weiterbildung sowie Internationalisierung und lokale Verantwortung.

Die Perspektivengruppe plädiert für einen höheren Stellenwert der Wissenschaft und ihrer Institutionen im öffentlichen Bewusstsein. Damit meinen wir mehr als finanzielle Zuwendungen und wir verstehen Wissenschaft auch nicht als Instrument, als „Zulieferer“ für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir halten fest an dem Gedanken „Bildung durch Wissenschaft“. Im wissenschaftlichen Prozess werden Grundhaltungen und auch Tugenden eingeübt, die auch für die Gesellschaft insgesamt von Bedeutung sind und deshalb eine Ausstrahlung haben sollten: Wahrhaftigkeit und ein Sinn für Qualität, Skepsis, Bescheidenheit, die Bereitschaft zu lernen und sich von anderen überzeugen zu lassen. Wir wollen die Wissenschaft auch in ihrer aufklärerischen Funktion und die Universitäten als Orte, wo die Gesellschaft über sich selbst nachdenkt.

Die Wissenschaften haben sich ausdifferenziert, die verschiedenen Disziplinen verselbstständigt. Arbeitsteilung und Spezialisierung waren auch hier Wege zum Fortschritt. Keiner will das rückgängig machen. Niemand kann aber auch leugnen: Wenn die aufregenden Fragen und Probleme an den Schnittstellen entstehen (vom Klimawandel über die Integration bis zur Gentechnik), die Disziplinen sich aber abschnitten, dann leidet die Erkenntnis genau so darunter wie ein vernünftiges politisches Handeln. Die Perspektivengruppe regt an, über akademische und gesellschaftliche Orte nachzudenken, die Transdisziplinarität zu ihrem Programm machen.

Die Wissenschaft hat nicht nur eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für die Reflexion der Gesellschaft über sich selbst. In beiderlei Hinsicht ist es notwendig, dass immer wieder Neues gedacht wird und nicht immer nur das Gewohnte und Gewünschte. Die Perspektivengruppe leitet daraus eine doppelte Anregung ab, nämlich zum einen nach neuen gemeinsamen Wegen der Planung und Finanzierung – etwa über ein weiterentwickeltes Stiftungsrecht – von Forschungsvorhaben durch Staat und Wirtschaft zu suchen und zum anderen sich in den Hochschulen, aber auch in der Hochschulpolitik, zu überlegen, wie

Bildung, Wissenschaft und Forschung tragen ihren Sinn und Zweck in sich selbst. Wer nur auf den Nutzen schießt, wird auch diesen verfehlen.

Die Perspektivengruppe regt an, über akademische und gesellschaftliche Orte nachzudenken, die Transdisziplinarität zu ihrem Programm machen.

die Bedeutung und Eigenständigkeit der Kultur- und Geisteswissenschaften deutlich gemacht werden könnte.

Wir in der Perspektivengruppe wollen, dass sich die Universitäten und Hochschulen auf ihre eigentlichen, auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: Wissenschaft und Forschung und Ausbildung dort, wo spätere Berufe wissenschaftliche Ausbildung erfordern. Das aber setzt neue Formen der Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und deren massiven Ausbau voraus, die in einem solchen Verständnis weite Teile der Ausbildung übernehmen könnten; auch hier braucht es mehr Flexibilität und Durchlässigkeit. Beide, Universitäten wie Fachhochschulen, haben sich bisher zu wenig um Angebote für berufsbegleitende Weiterbildung gekümmert. Mit dem Angebot eines „Seniorenstudiums“ ist es hier nicht getan. Die Perspektivengruppe hält ein gemeinsames Projekt von Politik, Wirtschaft und Sozialpartnern, von Hochschulen und Fachhochschulen für überfällig, wie die (Fach-)Hochschulen systematisch zertifizierungsfähige Angebote machen können für Berufstätige in der Mitte des Lebens.

Beide, Universitäten wie Fachhochschulen, haben sich bisher zu wenig um Angebote für berufsbegleitende Weiterbildung gekümmert.

Wir wollen die Universität nicht als einen „Elfenbeinturm“, sondern eingebettet in die internationale wie in die städtische und soziale Umgebung. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil. Unsere Universitäten müssen attraktiv werden für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt. Und sie müssen attraktiv werden für ihre möglichen „Kundinnen und Kunden“ auch aus den bildungsfernen Schichten. Erfahrungen aus anderen Ländern (z. B. rund um die London School of Economics) zeigen: Es sind nicht Studiengebühren, sondern es ist die ihnen ferne, „fremde“ Welt, die potentielle Studentinnen und Studenten aus den Arbeiterschichten von der Universität fernhält.

Es geht darum, das Besondere der Bildung und der Wissenschaft, der Schulen und der Hochschulen zu bewahren, aber es doch für alle zugänglich und offen zu halten.

Tertiäre Bildung: Universitäten und Fachhochschulen stärken

Universitäten und Fachhochschulen spielen eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung der modernen Gesellschaft und für die Sicherung des Wohlstands. Da Investitionen in Bildung und Forschung unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft darstellen, müssen die Strukturen im tertiären Bereich weiter optimiert werden. Wir von der Perspektivengruppe sind für den freien Zugang zu Universitäten. Qualitätsstandards für den Universitätszugang sind mit dem schulischen Bereich abzustimmen. Allenfalls spezifische Qualitätsstandards sind in ergänzenden Kursen zu erreichen. Es müssen die Voraussetzungen soweit verbessert werden, dass kein versteckter Numerus clausus praktiziert wird. Zugangsprobleme mit europäischen Studentinnen und Studenten müssen grundsätzlich auf europäischer Ebene und nicht zu Lasten österreichischer Studentinnen und Studenten gelöst werden. Eine Ressourcensteuerung sollte lediglich über Stipendien und eine optimale Bildungsberatung erfolgen.

Zugangsprobleme mit europäischen Studentinnen und Studenten müssen auf europäischer Ebene und nicht zu Lasten österreichischer Studierender gelöst werden.

Mit dem Universitätsgesetz 2002 wurde ein weitreichender Reformprozess für die Weiterentwicklung und Wahrung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Universitätslandschaft initiiert. Durch die Schaffung von Globalbudgets und Leistungsvereinbarungen wurde die Grundlage für eine moderne Finanzierung der Universitätslandschaft in Österreich geschaffen. Die Universitäten sind zu motivieren und zu unterstützen, von ihrer gewonnenen Autonomie beim Einsatz dieser Instrumente intensiven Gebrauch zu machen.

Wir haben uns in der Perspektivengruppe an dem Ziel orientiert, die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Universitäten und Fachhochschulen im europäischen wie im internationalen Kontext zu stärken. In diese Richtung sind weitere Schritte zu setzen. So ist die Steigerung der Investitionen für den tertiären Bildungssektor auf zumindest 2 % des BIP vorzunehmen und der tatsächliche Anteil am Budget der Universitäten, der von diesen durch besondere Leistungen erbracht wird, zu steigern.

Im Einzelnen plädieren wir für

bessere Studienbedingungen, um möglichst in Mindeststudienzeit studieren zu können:

- transparente Studienprofile bei Bachelor- und Masterstudien;
- Bachelorstudien sollen verstärkt berufsvorbereitend ausgerichtet werden;
- auf Bachelorstudien unmittelbar – oder auch später – folgende Masterstudien sind weiterbildend im Sinne einer fachlichen Erweiterung, Vertiefung oder Spezialisierung. Sie sind nach Möglichkeit auch berufsbegleitend zu organisieren;
- Verbesserung der Aufbau- und Anschlussfähigkeit durch verstärkte qualitätssichernde Anerkennung und Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen dem Fachhochschul- und Universitätsbereich;
- Erstellung einer Gesamtstrategie für die Entwicklung aller Studienangebote nach dem Muster des Fachhochschul-Entwicklungs- und Finanzierungsplans;
- Doktorats- bzw. PhD-Studien dienen der eigentlichen wissenschaftlichen Ausbildung für junge Forscherinnen und Forscher.

bessere Vereinbarkeit von Studium und Beruf:

- verstärktes Angebot an berufsbegleitenden weiterführenden Masterstudien nach dem Muster des Fachhochschulwesens sowie zusätzliche E-Learning Angebote;
- Ausweitung des Lehrveranstaltungs- und Serviceangebots an Abenden, Wochenenden sowie in Blockform, insbesondere auch die derzeit studienfreien Zeiten;
- nachgewiesene Qualifikationen sollen allein nach Maßgabe der Gleichwertigkeit im Studium anerkannt werden. Leistungen, die an Hochschulen, einer anerkannten postsekundären Bildungseinrichtung, im Erwerbsleben oder in der beruflichen Erwachsenenbildung erworben wurden, sollen in Zukunft gleichgestellt sein. Studierleistungen, die an inländischen Hochschulen erbracht wurden, sollen mindestens ebenso leicht angerechnet werden wie jene, die an einer ausländischen Hochschule im Rahmen von Auslandsaufenthalten und der Teilnahme an Austauschprogrammen erbracht wurden.

Postgraduale Ausbildungen gewinnen im internationalen Wirtschaftsleben immer mehr an Bedeutung. Schlüsselqualifikationen für erfolgreiches Management werden von internationalen Spitzenkräften beim Einstieg bzw. Aufstieg in Unternehmen zunehmend erwartet. Österreich muss sich auch auf diesem Ausbildungsniveau verstärkt profilieren.

Unser Ziel ist es, vom Kindergarten bis zur Hochschule ein Bildungssystem zu schaffen, das allen faire Chancen und gute Perspektiven für ihr Leben gibt.